

# **Wahlprogramm** **zur Kommunalwahl** **am 26. Mai 2019**

Beschlossen auf dem Landesparteiausschuss  
der CDU Rheinland-Pfalz am 8. August 2018 in Maria Laach

**Gemeinsam.**  
**Heimat.**  
**Gestalten.**

# Gliederung

<b>Präambel .....</b>	<b>1</b>
<b>I. Starke Heimat – hohe Lebensqualität .....</b>	<b>2</b>
<b>II. Sicherheit und Ordnung.....</b>	<b>8</b>
<b>III. Solide Finanzen.....</b>	<b>11</b>
<b>IV. Nachhaltige Bildung .....</b>	<b>13</b>
<b>V. Starke Wirtschaft – gelebte Partnerschaft zwischen Kommunen und Wirtschaft.....</b>	<b>17</b>
<b>VI. Moderne und zeitgerechte Infrastruktur .....</b>	<b>21</b>
<b>VII. Digitalisierung.....</b>	<b>24</b>
<b>VIII. Zusammenhalt der Generationen.....</b>	<b>26</b>
<b>IX. Kommunal- und Verwaltungsreform mit Sinn und Verstand .....</b>	<b>28</b>

## Präambel

*Liebe Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer,*

am 26. Mai 2019 haben Sie in mehr als 2.400 Städten, Kreisen und Gemeinden in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, mit Ihrer Wahl unmittelbaren Einfluss auf die Politik in Ihrem persönlichen Lebensumfeld zu nehmen. Keine Wahl befindet sich näher an Ihrem Alltag wie die Kommunalwahl. Aus diesem Grund gilt für die CDU Rheinland-Pfalz ganz klar: Gemeinsam. Heimat. Gestalten.

Mit mehr als 7.800 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sind wir Christdemokraten die Kommunalpartei in Rheinland-Pfalz. Sie bringen mit viel ehrenamtlichem Engagement ihre Ideen und ihr Wissen in die Ratsarbeit vor Ort ein. Nutzen Sie die Möglichkeit und sprechen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten an. Erfahren Sie, was uns alle leitet und mit welchem Einsatz in den Kommunen für das Allgemeinwohl gearbeitet wird.

Für uns als CDU erwächst die Stärke unserer Gesellschaft aus der Stärke der Gemeinschaft aller Bürgerinnen und Bürger. Obwohl die Wege eines jeden Einzelnen von uns unterschiedlich sind, verfolgen sie doch ein gemeinsames Ziel: Unsere Heimat in eine bessere Zukunft zu führen. Diese gemeinsame Zukunft braucht jeden: Sowohl die Starken als auch die Schwachen.

Heimat steht für die CDU für das gemeinsame Ziel, die eigene Region, mit der wir uns identifizieren und verbunden fühlen, in eine gute und moderne Zukunft zu führen. Heimat ist Gefühlssache. Aber Heimat steht nicht für Provinzialität, sondern – ganz im Gegenteil – für ein modernes Lebensgefühl.

Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland mit einer breiten Vielfalt von herzlichen Menschen und beeindruckenden Kulturen. So vielfältig die Regionen, so vielfältig sind auch die Themen: Wir als CDU wollen aktiv die Politik vor Ort mitgestalten. Hierfür bildet das Kommunalwahlprogramm den inhaltlichen Rahmen für die kommunale Arbeit in den Städten, Kreisen und Gemeinden.

Jede Stimme für die CDU steht für starke und handlungsfähige Kommunen und damit für ein starkes Rheinland-Pfalz. Denn hier sind wir Zuhause.

*Ihre*



Julia Klöckner,  
Vorsitzende der  
CDU Rheinland-Pfalz



Gordon Schnieder MdL  
Vorsitzender der  
KPV Rheinland-Pfalz

# **I. Starke Heimat – hohe Lebensqualität**

## **Gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land**

Die Städte, Kreise und Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind nicht nur Verwaltungseinheiten, sie sind zugleich Heimat und Identifikationspunkt für ihre Einwohnerinnen und Einwohner. Sie stellen maßgeblich die Leistungen der Daseinsvorsorge bereit, bieten Lebensqualität sowie ein soziales und gesellschaftliches Umfeld. Städte, Kreise und Gemeinden bieten aber nur dann gleichermaßen einen Mittelpunkt für das gesellschaftliche Leben, wenn die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land gewahrt wird. Denn die Bedingungen für gleichwertige Lebensverhältnisse erleben die Menschen unmittelbar vor Ort. Nur wenn wir strukturschwache Gemeinden und Städte mit finanziellen und infrastrukturellen Maßnahmen unterstützen, werden diese die Lebensbedürfnisse ihrer Einwohnerinnen und Einwohner sicherstellen können, sodass sich diese dort wirklich zuhause fühlen. Hierfür werden wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln sowohl vor Ort, als auch im Land und im Bund einsetzen.

## **Lebendige Dorf- und Stadtkerne**

Während die Dörfer Einwohner verlieren, drängen vor allem junge Menschen in die Städte. Dies liegt auch daran, dass Ortskerne und kleinere Stadtteile vielerorts mit Leerständen zu kämpfen haben. Diese müssen wir wieder stärker mit Leben füllen, um ein Aussterben der Dörfer zu verhindern und die Attraktivität in kleineren Stadtteilen wieder zu erhöhen. Hierbei ist die kinder-, familien- und seniorenfreundliche Kommune das Leitbild unserer Kommunalpolitik. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, unabhängig von ihrem Wohnort, neben einer medizinischen Versorgung und den Grundlagen der digitalen Daseinsvorsorge auch ein attraktives Lebensumfeld. Aus diesem Grund müssen der Städtebau und die Dorferneuerungsprogramme noch passgenauer zugeschnitten werden. Die Einrichtung von Dorfläden und Mehrgenerationenhäusern bietet zudem die Möglichkeit, Angebote über alle Generationen hinweg zu schaffen. Hier kann durch die Verzahnung von Dorfläden, Geldautomat und Versammlungsraum in einem öffentlichen Gebäude ein neuer Dorfmittelpunkt entstehen.

Als CDU sprechen wir uns für eine gezielte Vernetzung und Kooperation von Vereinen, Jugendverbänden, kirchlichen und öffentlichen Einrichtungen, wie Kindergärten und Schulen, und der Kommunalverwaltung aus. Ergänzt mit dem Engagement regionaler Unternehmen, können so in den Dorf- und Stadtkernen vielfältige Angebote entstehen, die zu einer höheren Lebensqualität – vor allem von Familien – beitragen.

## **Wohnortnahe Versorgung**

Wir setzen auf eine wohnortnahe Versorgung. In vielen Orten und Stadtteilen sind Lebensmittelläden, Poststellen und Banken bereits heute nicht mehr zu Fuß zu erreichen oder ganz verschwunden. Mobilität, Gesundheitsvorsorge, Bildungseinrichtungen und Freizeitangebote, aber auch die Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, müssen für alle Menschen zumutbar erreicht werden können. Die kommunalen Verantwortungsträger und das Land müssen dieser drohenden Abwärtsspirale mit zukunftsfesten, flexiblen, neuen Ideen entgegenwirken. Denn um

Menschen vor Ort zu halten und junge Familien anzuziehen, bedarf es passender Rahmenbedingungen und langfristiger Planungssicherheit. Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass sich Gemeindehäuser mit ehrenamtlichem Engagement durch Angebote wie Kinderbetreuung, Jugendtreffs und Seniorencafés zu neuen Treffpunkten entwickeln. Hierfür sollten vor Ort auch gezielt Konzepte entwickelt werden, um Gelder aus Städtebau- und Dorferneuerungsprogrammen abrufen zu können.

## **Ärztliche Versorgung / Gesundheitsversorgung / Krankenhäuser**

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, unabhängig von ihrem Wohnort, medizinische und pflegerische Leistungen. Im ländlich geprägten Rheinland-Pfalz ist die Sicherstellung einer wohnortnahen und qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung unverzichtbar. Unser Ziel ist es, dass die Menschen, insbesondere ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, ausreichend am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Aus diesem Grund wollen wir für unsere Bürgerinnen und Bürger für eine flächendeckende und bedarfsgerechte medizinische und pflegerische Versorgung im ländlichen Raum sorgen.

Die Zukunft der Ärzteversorgung in unserem Land – vor allem in den ländlich geprägten Gebieten – kann nur mit einem Bündel von Maßnahmen sichergestellt werden. So müssen bereits in den nächsten Jahren 60 Prozent der Hausarzt- und Facharztpraxen nachbesetzt werden. Angesichts der Untätigkeit der Landesregierung haben bereits erste Kommunen in Eigeninitiative gezeigt, wie sie die Versorgungslage der Menschen vor Ort verbessern wollen. Neben der Entwicklung von medizinischen Zukunftskonzepten muss auch die Anziehungskraft für Landärzte durch gezielte Struktur- und Fördermaßnahmen erhöht werden. Durch die Einrichtung gezielter Stipendienprogramme, kombiniert mit einer Landarztquote zur Stärkung der ambulanten, insbesondere hausärztlichen Versorgung, sind erste Schritte dank der CDU-Landtagsfraktion eingeleitet worden.

Wir als CDU unterstützen darüber hinaus zur Sicherung einer bedarfsgerechten und wohnortnahen Gesundheitsversorgung die Einrichtung medizinischer Versorgungszentren. Diese dienen der haus- und fachärztlichen Versorgung wie auch der Bündelung der medizinischen Angebote in der Region.

Wenn auch in Zukunft noch Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz flächendeckend die Grundversorgung für die Menschen in erreichbarer Nähe ermöglichen sollen, muss das Land die Mittel für Investitionen aufstocken und damit für verlässliche Rahmenbedingungen sorgen. Zudem muss darüber nachgedacht werden, in welcher Form insbesondere in ländlichen Regionen stationäre und ambulante Versorgungsangebote sich ergänzen können. Mit der Einrichtung von Verbundkrankenhäusern, der Festlegung auf festgeschriebene Spezialgebiete sowie der Erprobung interdisziplinärer Versorgungsstrukturen können weitere Schritte zur Sicherung der Krankenhausversorgung auch in strukturschwachen Gebieten erfolgen.

Auf der kommunalen Ebene müssen die Voraussetzungen (z.B. bei der Breitbandversorgung) geschaffen werden, um die Möglichkeiten der Telemedizin auch im ländlichen Raum zu nutzen. So kann die Telemedizin in Zukunft vor allem in strukturschwachen Gemeinden das Fehlen von medizinischen Angeboten abmildern und die medizinische Infrastruktur vor Ort zu ergänzen.

## **Pflege**

In unseren Städten und Dörfern leben immer mehr ältere Menschen, die pflegebedürftig sind. Ziel der CDU ist es, auch in Zukunft die Möglichkeit zu schaffen, dass ältere oder erkrankte Angehörige möglichst lang im Kreise ihrer Familien und ihres Wohnumfeldes verbleiben können. Viele Menschen erwarten zurecht, dass vor Ort die pflegerischen Leistungen vorgehalten werden. Neben Beratung, Hilfeplanung und Pflege werden geeignete Wohnungen, barrierefreie Begegnungsmöglichkeiten, Verkehrsanbindungen und eine gut zu erreichende Nahversorgung benötigt. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung, unter Federführung der CDU in der vergangenen Legislaturperiode bereits zahlreiche Verbesserungen im Bereich der Pflege in die Wege geleitet hat. Vor allem die höheren Leistungen für Angehörige, die zu Hause die Pflege übernehmen, tragen dazu bei, dass pflegebedürftige Menschen ihren berechtigten Anspruch besser umsetzen können, in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben. Darüber hinaus hat die Union mit dem aktuellen Pflegepersonalstärkungsgesetz die Weichen für mehr Pflegestellen und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege gestellt.

Die demografische Entwicklung zeigt aber, dass wir im Bereich der Pflege – allen voran auch bei den Pflegekräften – noch weitere Schritte gehen müssen. Mit der Entwicklung von Quartierskonzepten mit lokalen Netzwerken und integrierten Pflegeangeboten können Pflegebedürftige in ihrer Selbstständigkeit- und Eigenverantwortlichkeit noch stärker unterstützt und gefördert werden. Zudem gilt es hier die ehrenamtlich Tätigen entsprechend mit einzubeziehen.

Als weiterer Baustein des öffentlichen Gesundheitswesens im ländlichen Raum ist die Stärkung der bestehenden Pflegestützpunkte, die auch Angebote der aufsuchenden und beratenden Hilfe sowie unterstützende pflegerische Leistungen im Sinne einer neuen Gemeindegemeinschaft erbringen oder koordinieren können.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Kommunen bei Umsetzung der Pflegestrukturplanung und der Einrichtung ambulanter und stationärer Pflege zu unterstützen. Die Schaffung von Tagespflege-Einrichtungen für ältere Menschen in Wohnortnähe bietet nicht zuletzt auch den Angehörigen die Möglichkeit, weiterhin ihre Berufstätigkeit in vollem Umfang ausüben zu können. Durch geeigneten Ausbau von Angeboten der Kurzzeitpflege und Verhinderungspflege können pflegeleistende Familien häufiger entlastet werden.

## **Siedlungsentwicklung und bezahlbarer Wohnraum**

Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in allen Preissegmenten und Wohnlagen ist unerlässlich und von zentraler Bedeutung für unser politisches Handeln. Hierbei gilt es, die unterschiedlichen Bedarfe zu unterstützen. Sei es Wohnungsbau für junge Familien, Menschen mit Behinderung oder ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die beispielsweise einen Betreuungsplatz wünschen oder benötigen. Mit modernen Wohnkonzepten können kommunale Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten noch stärker als bisher ausgeschöpft werden. Dies gilt sowohl im sozialen als auch im frei finanzierten Wohnungsbau.

Während in Stadtrandgebieten und im ländlichen Raum auch zukünftig klassische Einfamilienhäuser bevorzugt werden, sind vor allem in der Stadt kleinere Wohneinheiten für junge und ältere Menschen zu schaffen. Hierbei soll darauf geachtet werden, dass die Menschen auch im Alter ihr gewohntes Lebensumfeld nicht verlassen müssen. In Städten mit Universitäten und

Hochschulen muss schnellstmöglich das Angebot für bezahlbares studentisches Wohnen verbessert werden. Barrierefreier Wohnraum für Senioren sollte idealerweise in der Nähe von Versorgungseinrichtungen und in Erreichbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs liegen.

Die Schaffung von zukunftsgerechtem Wohnraum in den Stadt- und Dorfkernen vermindert den Flächenverbrauch. Zum Schutz der Umwelt und aus der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen gilt für uns das Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Dennoch müssen die Landesentwicklungspläne den betroffenen Kommunen die nötige Flexibilität bieten, um die eigenverantwortlichen Entwicklungsmöglichkeiten auch ausschöpfen zu können.

Wir sind uns bewusst, dass auch den Beziehungen zwischen den Städten und ihrem unmittelbaren Umland eine besondere Rolle zukommt. Mit abgestimmten Planungen, z.B. in den Bereichen Wohnen, Gewerbe, Verkehr oder Schulentwicklung, können noch stärker als bisher Synergieeffekte erzielt werden.

## **Integration und Zuwanderung**

Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung zu uns kommen und längerfristig bei uns bleiben werden, wollen wir gut integrieren. Inwieweit uns dies gelingt, entscheidet sich vor Ort in den Städten, Kreisen und Gemeinden. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht einen starken Staat, der sowohl konsequent die Regeln unseres gesellschaftlichen Miteinanders durchsetzt als auch gleichzeitig gute Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration schafft. Hierzu gehört auch die landesweite Einführung einer Wohnsitzauflage, denn sie schafft für alle Beteiligten eine größere Planungssicherheit.

Wir mussten aber auch erkennen, dass durch die große Zahl an Asylsuchenden die Leistungsfähigkeit und auch die Akzeptanz vor Ort zeitweise an Grenzen gestoßen sind. Es war und ist die Aufgabe aller politischen Ebenen, Zuwanderung und Integration zu ordnen, zu steuern und diejenigen, die nicht bei uns bleiben können, in ihre Heimatländer zurückzuführen. Nur wenn klare und eindeutige Zuständigkeiten existieren, können wir uns besser um diejenigen kümmern, die Schutz brauchen, bei uns bleiben und integriert werden müssen.

Integration findet nicht abstrakt, sondern im konkreten Zusammenleben statt. Aus diesem Grund muss den Kommunen vor Ort nicht nur eine fürsorgende und steuernde Aufgabe zukommen, sondern ihnen müssen die vom Bund bereitgestellten finanziellen Mittel ohne Umwege und ohne Abzug durch die Landesregierung weitergeleitet werden. Hierbei muss auch das Land unter Beachtung der Aufgabenverteilung und der jeweils tatsächlich zu schulternden Lasten seinen Anteil an der finanziellen Ausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften leisten.

Zentrale Schlüssel für die gelingende Integration und Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitswelt sind Sprache und Bildung. Daher ist das Beherrschen der deutschen Sprache von größter Bedeutung. Integration ist aber keine Einbahnstraße. Wer die Angebote vor Ort nicht annehmen will und unsere Rechtsordnung missachtet, muss mit entsprechenden Konsequenzen rechnen. Speziell zugewanderte und geflüchtete Kinder und Jugendliche benötigen eine passgenaue Betreuung und Förderung. Um jedoch Missbrauch zu vermeiden, bedarf es im Zweifelsfall einer medizinischen Altersfeststellung.

Zugleich müssen wir der Tatsache Rechnung tragen, dass nicht in allen Kommunen ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Hier sind neben den Verantwortlichen vor Ort auch das Land und der Bund gefragt, um diese Herausforderung zu meistern.

## **Kultur**

Kultur ist ein Band zwischen den Menschen, denn die aktive Teilnahme am kulturellen Leben und das Engagement der oder des Einzelnen sind entscheidende Voraussetzungen für die positive Entwicklung unserer Gesellschaft. Doch ohne finanziellen Spielraum können die Kommunen ihrer Aufgabe nicht nachkommen, Kultureinrichtungen und -programme ordnungsgemäß zu unterstützen. Wir sehen darin eine Pflichtaufgabe, die den Städten, Kreisen und Gemeinden von der Landesregierung gestattet werden muss.

Neben den durch die Kommunen getragenen Kulturangeboten gestalten auch zahlreiche ehrenamtliche Initiativen, Vereine und Kirchen das kulturelle Leben einer Gemeinde. Ohne Musik- und Gesangvereine, Theatergruppen oder die Trägervereine für Museen und Begegnungsstätten wäre Rheinland-Pfalz um einiges ärmer. Entsprechend setzt sich die CDU dafür ein, dass bürokratische Hürden abgebaut werden, damit den Engagierten mehr Zeit für ihr eigentliches Engagement bleibt.

Von allen Flächenländern verzeichnet Rheinland-Pfalz die geringsten Kulturausgaben. Zudem tragen bereits heute die Städte, Kreise und Gemeinden über 56 Prozent der öffentlichen Ausgaben für Kultur. Unter Berücksichtigung der finanziellen Situation der rheinland-pfälzischen Kommunen und der Tatsache, dass kulturelle Angebote ein Teil der freiwilligen Kommunalausgaben sind, bedeutet dies, dass in Zukunft kulturelle Angebote nur schwer erhalten und erst gar nicht ausgebaut werden können. Die CDU fordert aus diesem Grund die Landesregierung auf, ihren Anteil für die kulturellen Angebote in unserem schönen und historisch geprägten Bundesland auszubauen und aufzustocken.

## **Sport**

Sport und Bewegung hält uns nicht nur körperlich und geistig fit, sondern fördert auch das gesellschaftliche Zusammenleben. Hier werden über Generationen hinweg Werte wie Teamgeist, Toleranz und Fairness vermittelt, vielerorts soziale Kontakte gepflegt und neue geknüpft. Auf diese Weise übernehmen die Sportvereine wichtige gesellschaftliche Aufgaben, gerade in der Jugend- und Seniorenarbeit. Darum muss Sport mehr gefördert werden. Dies betrifft vor allem Hilfestellungen im Bereich Sportstättenbau und -sanierung.

Zunehmende Unterrichts- und Betreuungsangebote, vor allem an Ganztagschulen, stellen viele Vereine vor neue Herausforderungen, und die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft macht neue Konzepte zur Mitgliedergewinnung notwendig. Wir unterstützen und begleiten die Vereine bei diesem Veränderungsprozess.

Gerade in Zeiten, in denen Menschen aus den verschiedensten Gründen nach Deutschland und Rheinland-Pfalz kommen, kommt der Integrationskraft des Sportes ein hoher Stellenwert zu. Für die CDU leisten die Vereine, insbesondere die Sportvereine, einen wertvollen Beitrag für ein gutes gesellschaftliches Miteinander über die Herkunft jedes Einzelnen hinweg. Diese Angebote auszubauen ist ein sinnvoller Beitrag für die Integrationsbemühungen der Städte, Kreise und



Gemeinden. Wir fordern die Landesregierung auf, hierfür ausreichende finanzielle Mittel aus der Integrationspauschale des Bundes zur Verfügung zu stellen, um damit die Sportvereine in ihrem Engagement zu unterstützen.

### **Erhalt unserer regionalen Traditionen in unserer Heimat**

Regionale Traditionen und Bräuche sind für viele Menschen ein fester Bestandteil ihrer Kultur und Identifikation mit der eigenen Heimat. Aus diesem Grund sollen regionale Gepflogenheiten, wie beispielsweise der Dialekt oder Heimatfeste, gefördert werden. Sie sind prägend für die Ortschaften und die eigene Heimat. Für die CDU steht der Begriff „Heimat“ für die Region, mit der man sich tief identifiziert und die wir in eine gute und moderne Zukunft führen möchten. Auch wenn Heimat Gefühlssache ist, steht sie für uns nicht für Provinzialität, sondern ganz im Gegenteil, für ein modernes Lebensgefühl: Heimat ist die neue Stadt!

Die CDU in Rheinland-Pfalz arbeitet dafür, dass es uns in unserer Heimat besser geht. Unsere Antwort auf die Globalisierung sind starke Kommunen. Sie machen unser Land stark. Unsere Antwort auf die Globalisierung ist Heimat. Sie macht die Menschen stark, schafft Sicherheit, Geborgenheit, Zusammenhalt und Perspektive. Dies wollen wir fest auf Basis unserer christlich-jüdischen Tradition angehen; in Zusammenarbeit mit den Kirchen und in Offenheit gegenüber allen Religionen.

## II. Sicherheit und Ordnung

### **Polizeiversorgung, Feuerwehren und THW**

Die Polizei ist zentraler Akteur für die Sicherheit in unserem Land. Zu lange wurden zu wenige Polizisten ausgebildet, sodass Einsatzkräfte fehlen und insgesamt zu wenige Frauen und Männer im Polizeidienst stehen. Fehlende Beförderungen und die zahlreichen Überstunden bringen unsere Einsatzkräfte längst an ihre Belastungsgrenze. Ohne die starke Kameradschaft innerhalb der Polizei wäre die Situation in der Außenwirkung noch verheerender. Wir als CDU stehen zu unserer Polizei – sowohl in den Städten als auch in der Fläche. Für uns gehört sie zum Ortsbild, wie die Feuerwehr oder das Technische Hilfswerk. Nur wenn die Polizistinnen und Polizisten die Gegebenheiten vor Ort kennen, können sie auch der Situation entsprechend reagieren. Aus diesem Grund brauchen wir einen umfangreichen Personalaufbau, um zum einen eine Entlastung für die derzeitigen Beamtinnen und Beamten herbeizuführen und zum anderen, um auch die Polizeistationen in ländlicheren Regionen auf dem notwendigen Personalniveau zu erhalten. Selbstverständlich ist für uns, dass jederzeit für eine richtige Ausstattung auf dem aktuellen Stand der Technik gesorgt sein muss.

Im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes leisten unzählige ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger wichtige und großartige Arbeit für unser Allgemeinwohl. Ihnen gilt unser herzlicher Dank. Aus diesem Grund bleibt es unser Ziel, die ehrenamtlichen Kräfte wie auch die Kräfte der Berufsfeuerwehren bei ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen und für sie bestmögliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Denn eine moderne Ausstattung, persönliche Schutzausrüstung, Fahrzeuge, Fernmeldemittel und technisches Einsatzgerät sind nötig, um vor Ort jederzeit den Anforderungen Rechnung zu tragen und stellen eine der Hauptvoraussetzungen für einen erfolgreichen Einsatz dar. Hierbei muss auch das Land die Städte, Kreise und Gemeinden unterstützen. Neben einer finanziellen Unterstützung müssen auch bürokratische Regeln überprüft werden, um für eine Entlastung der betroffenen Einsatzkräfte zu sorgen. Ebenfalls müssen eine moderne Ausbildung und eine zeitnahe Weiterbildung gewährt sein. Wir müssen das Engagement fördern und dürfen es nicht ausbremsen.

Zur Sicherung einer auch zukünftig flächendeckenden Versorgung mit engagierten Ehrenamtlichen im Bereich der freiwilligen Feuerwehr und des Technischen Hilfswerkes bedarf es eines qualifizierten Nachwuchses. Aus diesem Grund steht die CDU für die Förderung und tiefgreifende Unterstützung unserer Jugendfeuerwehren, die eine frühzeitige Bindung junger Menschen unterstützen. Hier werden Kinder schon früh an das Thema Feuerwehr herangeführt. Aber auch Menschen mit Migrationshintergrund sollen stärker für den haupt- und ehrenamtlichen Dienst in unseren Wehren begeistert werden.

Brand- und Katastrophenschutz ist für uns eine wichtige Säule der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Aus diesem Grund bedarf es einer starken Koordination zwischen den haupt- und ehrenamtlichen Strukturen sowie den daran beteiligten Akteuren auf allen Ebenen des politischen Systems.

## **Hilfs- und Rettungsdienste**

Wie die Polizei benötigen auch die Hilfs- und Rettungsdienste beste Arbeitsbedingungen. Wir wollen die Rettungsdienste und ihre Infrastruktur flächendeckend erhalten. Mit einer Stärkung der verschiedenen Freiwilligendienste im Rettungsbereich kann zum Teil der demografischen Entwicklung bei den ehrenamtlichen Helfern entgegengewirkt werden.

Die CDU steht zum Projekt der „Mobilen Retter“. Je schneller bei Herz-Kreislauf-Stillständen mit lebensrettenden Maßnahmen begonnen wird, desto höher ist die Überlebenschance. Mehr ausgebildete Ersthelfer, intelligente Alarmierungssysteme und eine deutliche Zunahme der Laienreanimation sind hierbei ein entscheidender Weg zum Erfolg.

## **Schutz der Bürger (z.B. Einbruchschutz)**

Die Bekämpfung der Wohnneinbruchskriminalität hat für uns hohe Priorität. Denn sie trägt erheblich zum Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger bei. Gerade in ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz kann die Polizei wegen ihrer dramatischen Personalsituation kaum noch flächendeckend Streifenfahrten sicherstellen. Aus diesem Grund sollen Kommunen und Polizei gemeinsam Konzepte entwickeln, wie die Zahl der Wohnungseinbrüche gesenkt und das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verbessert werden kann.

## **Justiz**

Die CDU steht für eine starke und effiziente Justiz als unabhängige dritte Gewalt, die das Vertrauen in den Rechtsstaat stärkt. Überführte Straftäter müssen daher schnell einer angemessenen Strafe zugeführt werden. Recht und effektive Rechtsdurchsetzung sind aber zugleich Standortfaktoren. Wir wollen daher auch, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen im ländlichen Raum mit vertretbarem Aufwand ihre (Zahlungs-) Ansprüche gerichtlich durchsetzen können. Hierfür und für den effektiven Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger spielt der einfache und ortsnahe Zugang zum Recht eine wichtige Rolle. Den auswärtigen Kammern und auswärtigen Gerichtstagen kann dabei gerade im ländlichen Raum erhebliche Bedeutung zukommen.

Die CDU setzt sich zudem für eine bedarfsorientierte sachliche und personelle Ausstattung der Justiz ein. Personalmangel bei Gerichten und Staatsanwaltschaft und in anderen Bereichen der Justiz ist umgehend durch Stellenschaffung und -besetzungen zu beseitigen, effiziente Strukturen einschließlich spezialisierter Spruchkörper sind dabei landesweit sicherzustellen.

## **Kommunaler Vollzugsdienst**

Die zunehmenden Einsparungen bei Städten, Kreisen und Gemeinden durch die defizitäre Finanzausstattung seitens des Landes hat auch Auswirkung auf den kommunalen Vollzugsdienst. Die CDU spricht sich dafür aus, die ausstattungstechnischen sowie besoldungs- und tarifrechtlichen Fehlstellungen im kommunalen Vollzugsdienst zu verbessern. Denn kommunale Ordnungsdienste können nah bei den Menschen sichtbare und kompetente Ansprechpartner sein. Hierfür benötigen Kommunen aber mehr qualifiziertes Personal, eine angemessene Ausrüstung, Uniformen, den Einsatz moderner Kommunikationsinstrumente und den notwendigen rechtlichen Rahmen. Hierbei sollte das Land Hand in Hand mit den Kommunen vor Ort seinen Beitrag leisten.

Die Menschen wollen in einer sauberen Gemeinde oder einem sauberen Stadtteil leben. Hier können im Rahmen des Ordnungsrechts kommunale Ordnungsdienste der Verwahrlosung und den „Angsträumen“ entgegenwirken. Mit dem notwendigen rechtlichen Rahmen und der ordnungsgemäßen finanziellen Ausstattung durch das Land können die Städte, Kreise und Gemeinden die kommunalen Ordnungsdienste besser ausstatten und zusätzliches Personal einstellen. Wir wollen Vermüllung, mangelhafte Beleuchtung, verschmutzte und zerstörte Grünanlagen und Gehwege sowie Sachbeschädigung und Fassadenschmierereien nicht weiter hinnehmen.

### **No-Go-Areas verhindern – Sicherheit an öffentlichen Plätzen gewährleisten**

Besonders in städtischen Gebieten klagen Bürgerinnen und Bürger über sogenannte „No-Go-Areas“. Als CDU wollen wir gezielt auf das Unsicherheitsbefinden der Menschen reagieren. Eine höhere Präsenz von Polizei und kommunalem Vollzugsdienst, der Ausbau der Videoüberwachung sowie die Einrichtung von Waffenverbotszonen sollen die wahrgenommene Sicherheit an öffentlichen Plätzen deutlich erhöhen.

### **III. Solide Finanzen**

#### **Kommunale Selbstverwaltungsgarantie**

Die rheinland-pfälzischen Kommunen wurden in den vergangenen Jahrzehnten finanziell deutlich benachteiligt. Die Finanzsituation ist besorgniserregend. Die bedeutenden Defizite und der Stand der Liquiditätskredite der rheinland-pfälzischen Kommunen von weit über 6 Mrd. EUR zeigen die kommunalfeindliche Politik der Landesregierung auf. Erhalt und Ausbau kommunaler Infrastruktur muss im künftigen Fokus stehen und intensiv und zielgerichtet erfolgen.

Die vorhandenen Liquiditätskredite schränken die Handlungsfähigkeit unserer Gemeinden, Städte und Landkreise seit vielen Jahren ein. Die Auswirkungen sowohl auf die ländlichen Regionen als auch auf die Städte werden immer deutlicher. Es herrscht vielerorts ein erheblicher Investitionsstau. Jahrelange Schuldenlast und defizitäre Haushalte haben dazu geführt, dass Kommunen ihre Substanz aufgebrauchen und neue Investitionen nicht finanzieren können.

Kommunale Selbstverwaltung bedeutet auch, im Rahmen der geltenden Finanzverfassung die angemessene finanzielle Ausstattung zu erhalten, um neben allen Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten auch noch freie Selbstverwaltung mit Leben erfüllen zu können. Davon sind wir in Rheinland-Pfalz leider weit entfernt. Wir brauchen klare Antworten auf die chronische Unterfinanzierung der kommunalen Ebene in unserem Bundesland! Wir unterstützen die Forderung der kommunalen Spitzenverbände, den Landesfinanzausgleich mit zusätzlichen 300 Mio. EUR jährlich originärem Landesgeld zukunftsfähig aufzustellen. Nur dann können die vielen ehrenamtlich Tätigen in unseren Kommunen unsere Heimat zukunftssicher und modern gestalten. Wir wissen auch, dass freiwillige Leistungen maßgeblich zur Lebensqualität der Kommunen beitragen und daher unerlässlich sind!

Weil die finanzielle Grundausstattung erkennbar fehlt, sehen sich verschiedene Kommunen gezwungen, ihr gutes Recht einzuklagen. Wir begrüßen diese Klagen verschiedener Kommunen gegen den bestehenden Kommunalen Finanzausgleich ausdrücklich.

#### **Ende der Investitionsbremse**

Den rheinland-pfälzischen Gemeinden fehlen im besonderem Maße Mittel für die notwendigen Investitionen in die gemeindliche Infrastruktur. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern liegen die kommunalen Investitionen um etwa 300 Mio. EUR hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Investitionen, die dauerhaft fehlen und die einen immensen Investitionsstau aufbauen. Daneben stellen die kommunalen Investitionen einen Motor für die heimische Wirtschaft dar. Damit auch hier weiteres Potential gehoben werden kann und in unseren Dörfern, Städten und Gemeinden nachhaltig investiert wird, muss die finanzielle Unterstützung deutlich angehoben werden. Wir fordern eine breite finanzielle Investitionsunterstützung unserer Kommunen, damit wir künftig in Rheinland-Pfalz zumindest im Bundesdurchschnitt liegen.

## **Schuldenhilfe jetzt**

Land und Kommunen stehen in einer finanzpolitischen Schicksalsgemeinschaft. Die Schulden des einen sind auch die Schulden des anderen. Entgegen dieser klaren Regel will das Land mit der Verschuldung der Kommunen nichts zu tun haben, obwohl die SPD-Landesregierungen seit Anfang der 90er Jahre mit ihrer kommunalfeindlichen Politik eben diese enorme Verschuldung verursacht haben.

Der Landesregierung fehlt ganz offensichtlich der Wille, eine nachhaltige Entschuldung unserer Kommunen vorzunehmen. Der Kommunale Entschuldungsfonds hat bis heute dieses Ziel verfehlt. Er wird als Nebelkerze in die finanzpolitische Geschichte unseres Landes eingehen. Neben der Aufarbeitung der chronischen Unterfinanzierung brauchen wir endlich eine wirkliche Entschuldung, um die dauerhafte Handlungsfähigkeit unserer Kommunen wiederherzustellen. Konkrete Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände dazu liegen vor.

## **Bund sorgt sich um Kommunen**

Die CDU-geführte Bundesregierung hat im Gegensatz zur Landesregierung ihre Hausaufgaben gemacht. Seit Jahren entlastet der Bund die finanziell arg gebeutelten Kommunen. Darum ist es umso unverständlicher, dass sich das Land auch noch an den Bundesmitteln für die Kommunen bedient. So wurde beispielhaft die sogenannte 5. Bundesmilliarde, von welcher 48 Millionen Euro auf Rheinland-Pfalz entfallen, entgegen der Zielsetzung des Bundes vom Land nur zu 21 % an unsere Kommunen weitergeleitet. Den Rest hat die Landesregierung für eigene Zwecke einbehalten. Wir fordern daher die 100%-ige Weiterleitung aller Bundesmittel, die für kommunale Leistungen vorgesehen sind!

## **IV. Nachhaltige Bildung**

### **Wohnortnahe Kitas**

Für uns gilt ungebrochen der Vorsatz „kurze Beine - kurze Wege“. Die Ansprüche an die Kindertagesstätten wachsen von Jahr zu Jahr. Gerade um die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit unserer Dörfer und Städte zu sichern, brauchen wir auch in Zukunft in der Nähe erreichbare Kitas und Schulen.

Hierzu muss auch weiterhin die Zahl der Betreuungsplätze erhöht und die Ausbildung von Personal verstärkt werden. Wir setzen uns für ein vielfältiges Angebot ein, sei es von freien oder kommunalen Trägern, wie auch von betrieblichen Angeboten. Die Kommunen müssen aber beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote sowohl bei den erforderlichen Investitionskosten als auch bei den erheblichen Betriebs- und Personalkosten noch stärker als bisher durch das Land finanziell unterstützt werden. Nur mit dieser Unterstützung können die Städte, Kreise und Gemeinden bessere Betreuung, Sprachschulungen der Kinder, eine höhere Flexibilität bei den Öffnungszeiten oder eine attraktive Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleisten. Die von der Landesregierung immer wieder angekündigte Kita-Novelle kommt bereits heute viel zu spät. Es darf nicht sein, dass, ähnlich wie bei den Kleinen Grundschulen, die Kindertagesstätten auf dem Land benachteiligt werden. Dies gilt insbesondere für die Personalbemessung.

Um bereits im Kindergarten frühzeitig das Interesse an der Wissenschaft zu fördern, sollen die Kommunen das Projekt „Haus der kleinen Forscher“ möglichst flächendeckend anbieten. Ebenfalls sollen sie verstärkt auf den Abschluss von Kooperationsverträgen zwischen Betreuungseinrichtungen, Schulen, Innungen, Kammern und Betrieben hinwirken.

### **Gutes und vielfältiges Schulwesen**

In ihrer Funktion als Schulträger haben die Kommunen einen entscheidenden Anteil an den Rahmenbedingungen in Form von Schülerbeförderung, Gebäuden, Ausstattung, Betreuungsangeboten und Personal (beispielsweise im Sekretariat oder der Schulsozialarbeit). Um dieser verantwortungsvollen Aufgabe auch in Zukunft gerecht werden zu können, bedarf es einer guten kommunalen Finanzausstattung. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel sind ein erster Schritt, müssen aber durch vom Land zur Verfügung gestellte zusätzliche Mittel ergänzt werden.

Zur Sicherung der Bildungsqualität gehört für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz auch der Erhalt der „Kleinen Grundschulen“. Nur mit guten Bildungsmöglichkeiten sind unsere Gemeinden für die Zukunft gerüstet und schaffen Anreize für junge Familien. Mit ihrem Antrag im Landtag hat die CDU-Landtagsfraktion deutlich gemacht, dass wir die Mindestschülerzahl für Grundschulen und deren Sprengel flexibel gestalten müssen.

### **Ganztagschulen, Realschulen Plus und Gymnasien**

Der demografische Wandel und die in Teilen erhebliche Landflucht der vergangenen Jahre machen es zunehmend schwieriger, überall vor Ort Kita- und Schulangebote auch in Zukunft anbieten zu können. Mit neuen Kooperationswegen müssen wir bedarfsgerechte Angebote an die Schülerinnen

und Schüler wie auch an die Eltern machen. Eine Zentralisierung und Gleichmachung der Schullandschaft darf es hierbei jedoch nicht geben. Vielmehr müssen wir den unterschiedlichen Ansätzen der Regionen gerecht werden.

Nicht für jedes Kind und jede Familie ist die Ganztagschule die bevorzugte Schulform. Aus diesem Grund muss sichergestellt sein, dass auch in Zukunft Eltern frei wählen können, ob sie ihr Kind in eine Halbtags- oder Ganztagschule schicken möchten. Neben der Ganztagschule sollte vor Ort, auch durch geschickte Kooperation mit anderen Einrichtungen, wie beispielsweise Kindertagesstätten oder Freien Trägern, dennoch ein entsprechendes Betreuungsangebot vorgehalten werden können, ohne dass das Land dies den kommunalen Trägern verwehrt.

Für alle Schularten gilt, dass unsere Kinder in dem bestmöglichen Schulsystem aufwachsen und gefördert werden sollen. Aus diesem Grund darf der Ausfall von Unterricht nur eine Ausnahme sein. Die Landesregierung muss sicherstellen, dass eine ausreichende Anzahl an Lehrstellen vorhanden ist und dass im Ausnahmefall eine Vertretung nur durch geschultes Fachpersonal erfolgt, sodass keine Unterrichtsinhalte verloren gehen.

Gute Bildung soll unsere Kinder und Jugendliche fit für die Zukunft und die beruflichen Herausforderungen machen. Aber nur wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen gegeben sind, können sie ihre jeweiligen Begabungen und Neigungen bestmöglich entfalten. Aus diesem Grund brauchen wir für jedes unserer Kinder die richtige Schule. Weil Kinder verschieden sind, müssen es auch die Schulen sein.

## **Berufsbildende Schulen und Duale Bildung**

Die duale Ausbildung ist in Rheinland-Pfalz grundsätzlich gut aufgestellt. Vor allem kleine und mittelständische Betriebe, die sich in der Ausbildung von Nachwuchs engagieren, bilden eine Säule unserer Gesellschaft. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, sind Kooperationen zwischen den kommunalen Trägern der Schulen notwendig, um Spezialisierungen zu unterstützen und um die Ausstattung der praktischen Ausbildung an den Berufsschulen zu gewährleisten. Das Land muss seinen Beitrag in der personellen Ausstattung der Schulen leisten, um die Anstrengungen der kommunalen Träger nicht zu konterkarieren.

Die Digitalisierung verändert die Berufswelt und führt zunehmend zu einer Industrie 4.0. Dieser Veränderung müssen sich auch die Ausbildungsberufe stellen. Nach baden-württembergischem Vorbild setzen wir uns für die Einrichtung von digitalen Lernzentren ein. Hier werden in einer auf Ebene der Berufsschulen angelegten „Lernfabrik 4.0“ die Auszubildenden mittels simulierter Industrieprozesse auf die Arbeit von morgen vorbereitet.

Durch die zunehmende Zahl an Studierenden wird der Fachkräftemangel zusehends verstärkt. Hierbei übersehen viele Jugendliche, welche Möglichkeiten ihnen gerade heute eine duale Berufsausbildung bietet. Der Meisterbrief ist national und international immer noch ein hoher und anerkannter Qualitätsmaßstab, bietet aber auch zusätzlich die Chance, in höher bezahlte Arbeit zu gelangen. Deshalb gilt es auch weiterhin, die duale Berufsausbildung zu stärken und die Berufsschulstandorte als regionale Bildungs- und Wirtschaftsfaktoren zu erhalten. Mit einer Stärkung der Meisterkurse – verbunden mit einer finanziellen Unterstützung – muss die duale Ausbildung im Vergleich zum Studium wieder an Anreiz gewinnen.



## **Inklusion**

Wichtig ist für uns, dass Menschen mit Beeinträchtigung sich immer als Teil unserer Gesellschaft verstehen und in unserer Mitte willkommen geheißen werden. Aus diesem Grund ist und bleibt Inklusion eine Querschnittsaufgabe. Neben der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in unseren Kommunen ist es für uns von großer Bedeutung, dass Menschen mit Behinderungen und auch die für sie zuständigen Beauftragten in die Prozesse vor Ort mit einbezogen werden. Es ist aber schwierig für die Städte, Kreise und Gemeinden, Inklusion stärker voranzutreiben, wenn von der Landesregierung höhere Standards eingeführt werden, ohne dass die dafür notwendigen Gelder zur Verfügung gestellt werden. Dies überfordert die Kommunen in der Praxis, sodass sie ihrer Aufgabe gute Rahmenbedingungen zu schaffen nicht immer nachkommen können.

Zudem treten wir für den Erhalt von Förderschulen ein. Sie sind ein wichtiger Bestandteil, um den Bedürfnissen der beeinträchtigten Schülerinnen und Schüler vollends und individuell gerecht zu werden. Durch stärkere Kooperationen mit allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen kann ein Mehrwert für alle Schülerinnen und Schüler erreicht werden, ob mit oder ohne Beeinträchtigung. Darüber hinaus ist das Land für eine angemessene Ausstattung der unterschiedlichen Unterstützungssysteme, ob Schulbegleitung, Schulassistenten, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter oder Schulpsychologinnen und -psychologen, verantwortlich. Aus Sicht der Betroffenen und der Kommunen setzen wir uns für Hilfen aus einer Hand ein; schließlich steht das Wohl der Kinder an erster Stelle.

## **Digitalisierung an Schulen/ IT-Beauftragte an Schulen**

Vom Smartboard bis zum Laptop: Schulen verfügen mittlerweile über eine umfangreiche Ausstattung an IT-Technik. Diese entspricht teilweise der Komplexität der IT mittelständischer Unternehmen. Leider kommt es regelmäßig vor, dass einzelne Komponenten kurzfristig ausfallen oder nicht mehr richtig funktionieren. Funktioniert eine Heizung nicht mehr, kommt der Hausmeister. Für IT-Technik fehlt es jedoch meistens an Personal, welches sich (auch kurzfristig) um die Hardware kümmern kann. Das führt im Endeffekt dazu, dass kein planmäßiger Unterricht stattfinden kann. Daher ist es erforderlich, die Schulen nicht nur mit neuer Hardware auszustatten, sondern auch für ausreichendes Personal im IT-Bereich zu sorgen, sodass eine ausreichende EDV-Wartung durch IT-Fachkräfte gewährleistet werden kann. Die Finanzierung dieser (personellen) Ausstattung kann nur gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen sein.

## **Schulsozialarbeit**

Nach dem Auslaufen des Bundesprogramms, welches als Anschubfinanzierung zur Umsetzung der Schulsozialarbeit gedacht war, sind viele Kommunen nun auf sich selbst gestellt. Eine dauerhafte und zweckgebundene Anschlussfinanzierung seitens des Landes ist im Vergleich zu anderen Bundesländern bedauerlicherweise nicht erfolgt. Vielmehr hat die Landesregierung durch die vorherige Beteiligung des Bundes ihre eigenen Mittel für die Schulsozialarbeit zurückgefahren. Schulsozialarbeit wird an manchen Schulen aber ein hoher Stellenwert beigemessen.

Es steht außer Frage, dass die Städte, Kreise und Gemeinden selbst am besten wissen, an welchen Schulen der Einsatz sozialpädagogischer Fachkräfte notwendig ist. Da die Zuständigkeit für das Schulwesen aber allein beim Land liegt, müssen auch von dort die entsprechenden Angebote zur Verfügung gestellt werden.

## **Universitäten / Hochschulen**

Erhalt und Gewinnung der besten Köpfe vor Ort lautet unser Ziel für die Universitäts- und Hochschulstandorte in Rheinland-Pfalz. Mit gezielten Programmen sollten Absolventinnen und Absolventen vor Ort für die Existenzgründung begeistert werden. Hiervon profitieren auch die Regionen, da hiermit die Entstehung neuer Arbeitsplätze und Gewerbesteuerereinnahmen verbunden sind. Voraussetzung ist jedoch, dass entsprechende infrastrukturelle Maßnahmen ergriffen worden sind, um eine bestmögliche Basis für die Existenzgründung zu schaffen. Existenzgründer-Zentren, welche den Gründern für die erste Phase günstige Büroräume und Netzwerkangebote bereitstellen, können wie lokale Business-angel-Programme eine Bereicherung für den Wirtschaftsstandort sein.

Für viele Studieninteressierte spielen die Begebenheiten an den Hochschulstandorten für ihre Wahl eine erhebliche Rolle. Entscheidend sind hierfür neben dem Ruf der Hochschule sowohl bezahlbarer und freier Wohnraum, eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr als auch zielgruppenorientierte Freizeitangebote. Die CDU setzt sich dafür ein, für die Universitäten die besten Köpfe zu gewinnen, um diese anschließend in der Region halten zu können. Aus diesem Grund ist für uns auch in Zukunft ein konstruktiver Austausch zwischen den Hochschulen sowie den studentischen Vertretungen und Gremien mit der kommunalen Ebene von großer Bedeutung.

## **V. Starke Wirtschaft – gelebte Partnerschaft zwischen Kommunen und Wirtschaft**

### **Innovation / Ansiedlung / Genehmigungsverfahren**

Ein funktionierender Mittelstand, Handwerk, Industrie und eine gute kommunale Wirtschaftsförderung sorgen für wohnortnahe Arbeitsplätze und Entwicklungsmöglichkeiten. Zugleich werden die kommunalen Steuereinnahmen gesichert. Je besser die Standortbedingungen vor Ort, umso attraktiver ist es für Unternehmen sich anzusiedeln. Das sichert Arbeitsplätze und trägt zum Wohlstand aller bei. Ohne gute Standortbestimmungen haben es unsere heimischen Firmen dauerhaft schwer, an den globalisierten Märkten zu bestehen. Mit einem zügigen Ausbau der Digitalisierung entstehen auch für ländliche Regionen neue Möglichkeiten, wirtschaftliche Betriebe anzuziehen.

Angesichts des hohen Exportanteils sind gute Standortbestimmungen für die rheinland-pfälzische Wirtschaft besonders wichtig. Interkommunale Gewerbegebiete sind ein guter Weg, gemeinschaftlich für gute Rahmenbedingungen zu sorgen, gerade auch im Zusammenwirken von Stadt und Land.

Unsere Städte, Kreise und Gemeinden sind auf gesunde Unternehmen und ein vielfältiges Wirtschaftsleben angewiesen. Schließlich sorgen sie für wohnortnahe Arbeitsplätze und ziehen damit auch junge Familien an. Gerade für ländliche und strukturschwache Regionen leisten sie damit einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftssicherung. Die Landesentwicklungsplanung muss aus diesem Grund in Kooperation mit den Kommunen erfolgen. Mit der Gewerbesteuer hat sich darüber hinaus ein Band zwischen Wirtschaft und örtlicher Gemeinschaft bewährt. Wir fordern deshalb, die Garantie für die kommunale Gewerbesteuer zu erneuern und an der Abschaffung der erhöhten Gewerbesteuerumlage nicht zu rütteln. Sie ist ein elementarer Baustein für die Kommune, um auch in Zukunft neuen Innovationen und Technologien offen gegenüber zu stehen. Dies kommt wiederum den ansässigen Unternehmen zugute.

Bürgermeister, Räte und kommunale Verwaltungen sind die ersten Ansprechpartner für örtliche Unternehmen, weshalb ihnen die Rolle als Dienstleister und Mittler auch zur Landes- und Bundesebene zukommt. Wir als CDU stehen für eine unternehmensfreundliche Kommunalpolitik. Zudem setzen wir uns für ein einfacheres, verständlicheres und handhabbares Vergaberecht ein. Die bisherigen Vorschriften haben gezeigt, dass durch die komplizierten Regeln Unternehmen von der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen abgeschreckt werden. Dies belastet nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die öffentlichen Haushalte. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen muss es die Möglichkeit geben, sich ohne erhöhten bürokratischen Aufwand zu bewerben. Die heimische Wirtschaft zu fördern, muss im Fokus stehen. Hiermit soll sichergestellt werden, dass sich auch regionale Betriebe an Ausschreibungen beteiligen können. Die damit einhergehende Entbürokratisierung sollte auch auf andere Ebenen der Verwaltung übertragen werden. Dies erhöht die Anreize und die Akzeptanz nicht nur bei Unternehmen, sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürgern.

## **Fachkräfte und Beschäftigung**

Die Beschäftigungssituation in Deutschland ist so gut wie noch nie. Dies führt zu der Tatsache, dass in vielen Branchen und Regionen bereits heute der Fachkräftemangel immer stärker spürbar wird. Betroffen sind vor allem der Handwerks-, Industrie- und Dienstleistungssektor. Gerade für ländliche Regionen brauchen wir gute duale Ausbildungsmöglichkeiten, um auch in Zukunft Arbeitsangebote vorhalten zu können. Aus diesem Grund müssen wir die wohnortnahen Berufsschulen erhalten und mit Fachklassen der Zentralisierung von Ausbildungsberufen entgegenwirken. Darüber hinaus sollte von Seiten des Landes nachgedacht werden, ob Berufsschulklassen nicht weiter dezentralisiert werden können. Hierzu bedarf es eines umfangreichen Gesamtkonzepts zur Fachkräftesicherung, welches ebenfalls eine Meisterförderung miteinschließt.

Obwohl die Beschäftigungssituation in Deutschland und damit auch in Rheinland-Pfalz so gut ist, konnten immer noch viele Langzeitarbeitslose nicht vermittelt werden. Wir müssen mehr dafür tun, die Menschen in Arbeit zu bringen, damit die Kinder in Familien aufwachsen, in denen sie die Erwerbsarbeit der Eltern erleben. Kommunale Beschäftigungsgesellschaften können arbeitsmarktferne Leistungsempfänger auffangen. Durch die Heranführung an den Arbeitsmarkt, beispielsweise bei der Unterstützung hilfebedürftiger Menschen, bei der Pflege des öffentlichen Raumes oder anderer Aufgaben im Interesse der Gemeinschaft, können Leistungsempfänger stabilisiert und für eine Beschäftigung mindestens auf Mindestlohniveau qualifiziert werden.

## **Tourismus**

Mit über sieben Milliarden Euro Bruttoumsatz, 200 Millionen Aufenthaltstagen im Jahr und 166 Millionen Tagesgästen ist der Tourismus einer der wichtigsten Wirtschaftszweige für Rheinland-Pfalz. Er leistet über die Steuereinnahmen nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Haushalte, sondern trägt auch erheblich zum Image von Stadt, Kreis und Gemeinde bei. Darüber hinaus schafft und sichert er ortsgebundene Arbeitsplätze.

Die CDU begrüßt, dass sich der Landtag in Form einer Enquetekommission diesem wichtigen Thema angenommen hat. Denn gemeinsam müssen Land und Kommunen die touristische Infrastruktur weiter ausbauen. Hierzu bedarf es einer gezielten Tourismusstrategie, die auf die aktuellen Rahmenbedingungen und die Nachfrage am Tourismusmarkt abgestimmt ist. Das betrifft insbesondere touristische Aktivitäten, wie Wandern, Radtouren, Wellness bis hin zur Denkmalpflege und den damit verbundenen kulturellen Angeboten.

Wir wollen zudem örtliche Hotel- und Gastronomiebetriebe unterstützen. Aus diesem Grund bedarf es einer zielgerichteten Fremdenverkehrswerbung. Die Fördermittel müssen so eingesetzt werden, dass die Werbung einzelner Standorte die Werbung für eine ganze Region verbindet. Hierfür ist eine Vernetzung der regionalen touristischen Angebote von großer Bedeutung.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass bei vielen Touristen das Einkaufserlebnis als Teil der Urlaubsaktivität an Bedeutung gewinnt. Dies schafft neue Möglichkeiten für die Belebung der Innenstädte und bietet die Chance, gezielt neue Gäste ansprechen zu können.

## **Energiewende**

Eine erfolgreiche Energiewende gibt es nur mit realistischen Zielen und einer engen Abstimmung zwischen EU, Bund, Ländern und Kommunen. Immer wieder stellen hierbei unkluge Alleingänge der Landesregierung die Städte, Kreise und Gemeinden vor Probleme. Gerade im Bereich der Windenergie darf nur an denjenigen Standorten entwickelt werden, die menschen-, natur- und raumverträglich sind. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss mit dem Schutz der Umwelt und der Kulturlandschaften, mit einem wirkungsvollen Ausbau der Speicherlösungen, mit einem zielgerichteten Netzausbau und mit Versorgungssicherheit verbunden werden.

Ein gesunder Mix aus Photovoltaik, Energiegewinnung aus Biomasse, Wasserkraftwerken, Windenergieanlagen und einer sinnvollen Sektorenkopplung hilft, dass eine größtmögliche Wertschöpfung in der Region bleibt. Eine frühzeitige Einbindung der Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger in die Planungsprozesse schafft nicht nur eine größere Transparenz, sondern gibt auch allen Beteiligten eine größere Planungssicherheit. Mit der Einrichtung von Investitions- und Betreibergesellschaften, die eine Bürgerbeteiligung vorsehen, kann zugleich die Akzeptanz erneuerbarer Energien erhöht werden. Schließlich können die Bürgerinnen und Bürger hiermit selbst von der Energiewende profitieren und müssen nicht nur die Lasten tragen. Zudem soll ein Teil der erzeugten Energie, wie beispielsweise die Eigenstromnutzung, direkt vor Ort den Verbrauchern und Betrieben zur Verfügung gestellt werden, sodass die Wertschöpfung auch der Region zu Gute kommt.

Durch die umfassende Steigerung der Energieeffizienz und die energetische Sanierung gemeindeeigener Gebäude kommt den Städten, Kreisen und Gemeinden eine Vorbildfunktion zu. Bei Neubauten sollte bei den Baugenehmigungen auf den Ausbau der erneuerbaren Energien (z.B. Photovoltaik auf Dächern) geachtet werden. Investitionen der Kommunen in den Klimaschutz sollten als Pflichtaufgabe der Daseinsvorsorge gewertet und kommunalaufsichtlich nicht beanstandet werden. Die Folgen des Klimawandels stellen auch die Kommunen vor große Herausforderungen, beispielsweise im Bereich Hochwasserschutz, die vom Land unterstützt werden müssen.

## **Landwirtschaft und Weinbau**

Rheinland-Pfalz ist bekannt für seine Landwirtschaft und die hervorragenden Weine, die von den Winzern angebaut werden. Sie hegen und pflegen nicht nur unsere Kulturlandschaft, sondern sind die natürlichen Partner des Tourismus. Die Digitalisierung ist auch für den Bereich der Landwirtschaft eine große Chance und führt nicht nur zur Produktivitätssteigerung und einer höheren Effizienz, sondern auch zu einer nachhaltigen Landbewirtschaftung. Pflanzenschutzmittel und Pflanzenstärkungsmittel können somit zielgerichteter und den Notwendigkeiten entsprechend aufgebracht werden. Hierfür muss von Seiten des Landes und der Kommunen die entsprechende Daten-Infrastruktur vorhanden sein bzw. aufgebaut werden und es muss sichergestellt sein, dass die Betriebe alleinige Eigentümer ihrer Daten bleiben.

Dies Entwicklung sind zwar wünschenswert, haben aber unmittelbare Auswirkungen auf das dörfliche Leben. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe geht zurück, während die Betriebe zugleich immer größer werden. Unser landwirtschaftliches Leitbild ist auch weiterhin die bäuerlich-unternehmerische Landwirtschaft, getragen von den Landwirten und ihren Familien vor Ort. Aus diesem Grund wollen wir die leistungsfähigen Familienbetriebe erhalten und eine stabile Förderung der jungen Landwirte zur Sicherung der Betriebsnachfolge gewährleisten.

Der heimische Weinbau hat sich in den vergangenen Jahren sowohl in Deutschland als auch auf dem Weltmarkt behauptet. Um diese Spitzenposition nicht zu gefährden, muss auch in Zukunft weiter für die Verbesserung geworben werden. Die Steillagen prägen in besonderer Weise die Mosel, Ahr, Nahe und den Mittelrhein. Der intensive Arbeitseinsatz und die besonderen Herausforderungen der Steillagenbewirtschaftung sind deshalb von großer Bedeutung. Wir fordern ein Kulturlandschaftsprogramm zum Erhalt der Steillage, welches zwischen den Kommunen, dem Land, dem Bund und der europäischen Ebene abgestimmt werden muss. Aber auch die Flächenbewirtschaftung hat gezeigt, dass rheinland-pfälzische Weine an der Spitze der Premiumprodukte wahrgenommen werden. Als größtes Weinland Deutschlands müssen die Kommunen zusammen mit dem Land und der Weinwirtschaft für gute Rahmenbedingungen sorgen.

In den letzten Jahren gewinnen darüber hinaus die regionalen Wertschöpfungsketten wieder an Bedeutung. Die Bürgerinnen und Bürger legen zunehmend Wert darauf, dass die von ihnen verwendeten Produkte aus der Region kommen. Hiermit bleibt ein Teil der Wertschöpfung unmittelbar vor Ort. In Kombination mit Dorfläden und der Gastronomie kann die Eigenvermarktung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte vorangetrieben werden. Dies sollte von kommunaler Seite unterstützt und gefördert werden.

Zusammen mit der Forstwirtschaft sind die Landwirte und Winzer ein stabiles wirtschaftliches Rückgrat des ländlichen Raumes. Sie leisten neben ihrer Arbeit auch einen zentralen Dienst für den Umweltschutz und die Landschaftspflege. Beim Erhalt der biologischen Vielfalt und dem Schutz unserer Gewässer arbeiten Landwirtschaft und Gemeinden oft Hand in Hand. Dies muss von staatlicher Seite ausreichend honoriert werden.

## **Natur- und Umweltschutz**

Rheinland-Pfalz hat vielfältige Reize und wunderbare Naturlandschaften. Diese zu bewahren ist unser Ziel. Unsere Gewässer laden vielerorts zum Baden ein. Entwicklungen im Bereich Boden- und Naturschutz zeigen ihre Wirkung. Für uns gilt das Vorsorge- und Verursacherprinzip. Verbraucher, Landwirtschaft und Produzenten müssen ihren Teil dazu beitragen, dass unsere knappen natürlichen Ressourcen geschont werden und für die kommenden Generationen erhalten bleiben.

Naturparks und Naturschutzgebiete sind ein großer Schatz, den es zu erhalten gilt. Von Seiten der kommunalen Ebene können zum Erhalt der Biodiversität solitäre Bäume und Hecken geschützt, Blühstreifen und Streuobstwiesen angelegt und Insektenhotels gebaut werden. Gerade öffentliche Flächen können so gestaltet werden, dass die heimischen Pflanzen erhalten bleiben und die Nahrungsgrundlage für Vögel und Insekten gegeben ist. Auch junge Menschen sollten durch Programme stärker für den Landschafts- und Naturschutz sensibilisiert werden.

Für die vielen Wälder in Rheinland-Pfalz wollen wir eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Nutzung. Wichtige Partner, wie Landwirte, Winzer, Jäger und die anerkannten Naturschutzverbände, sollten in die staatlichen Naturschutzprogramme mit einbezogen werden. Gemeinsam liefern sie einen wertvollen Schatz an Wissen.

## **VI. Moderne und zeitgerechte Infrastruktur**

### **Verkehrsinfrastruktur**

Wenn Rheinland-Pfalz auch in Zukunft wettbewerbsfähig sein soll, brauchen wir hier die beste Infrastruktur. Denn gerade in einem Flächenland ist sie eine der zentralen Voraussetzungen für die Ansiedlung von Betrieben und damit die Grundlage für die Entstehung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer nehmen täglich lange Arbeitswege in Kauf, um mit ihrer Familie in der Heimat wohnen zu bleiben. Um ihnen den Weg zur Arbeit zu erleichtern, brauchen wir funktionierende Verkehrswege. Hierbei müssen wir berücksichtigen, dass die Wahl der Verkehrsmittel für die Bürgerinnen und Bürger unterschiedlich und individuell ist. Diesen Anspruch können wir nur partnerschaftlich zwischen Kommunen, Land und Bund bewältigen.

Eine rein ideologische Verkehrspolitik ist aus unserer Sicht der falsche Ansatz. Vielmehr benötigen wir für die nachhaltigen und modernen Mobilitätskonzepte von morgen eine Verknüpfung der verschiedenen Verkehrssysteme – Bahn, Bus, Zweirad und Auto. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, weniger Treibhausgase, Feinstaub, Schadstoffe und Lärm zu produzieren. Dies betrifft sowohl den Personen- als auch den Güterverkehr.

Fahrverbote lehnen wir ab und fordern vielmehr von Bund und Land, intelligente Maßnahmen zu ergreifen, die auf eine Verbesserung der Luftreinhaltung abzielen. Hierzu müssen bestehende Verkehrssysteme besser aufeinander abgestimmt werden. Moderne Informationstechniken schaffen hier immer neue Möglichkeiten, um die Verkehrslenkung und Verkehrsoptimierung zu steigern und dadurch die Umwelt nachhaltig zu schonen. In Kombination mit einer ausreichenden Zahl an Einstiegspunkten zum öffentlichen Personennahverkehr und einer grundsätzlichen Verbesserung unseres ÖPNV sowie einer weitgehenden finanziellen Unterstützung zur Anschaffung neuer Busse und Bahnen kann bedeutend mehr erreicht werden. Dazu können mit einer weiteren klugen Erhöhung der Park-and-Ride-Plätze und mit intelligenten Verkehrsleitsystemen für Städte, Kreise und Gemeinden weitere Beiträge zur Reduzierung der Verkehrsbelastung angestrebt werden.

### **Mobilität in Stadt und Land**

Leistungsfähige und intakte Verkehrsnetze tragen sowohl zur guten Vernetzung zwischen Stadt und Land als auch zur Lebensqualität der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger bei. Neben dem Erhalt funktionierender Straßen gehört dazu auch der weitere Ausbau von Straßen- und Schienennetzen. Wir wollen Lücken bei denen Ortsteile nicht an übergeordnete Straßen angeschlossen sind schließen. Für die CDU ist aus diesem Grund völlig unverständlich, dass die Landesregierung nicht alle vom Bund zur Verfügung gestellten Finanzmittel zum Ausbau der Straßen-, Rad- und Schienenwege abrufen.

Wir lehnen Abstufungen und Einziehungen vorhandener Kreisstraßen ab. Die daraus resultierenden Mehraufwendungen bei Gebühren und Beiträgen belasten die Menschen vor Ort, gerade auch in ländlichen Regionen. Erst wenn die Gemeinden finanziell so ausgestattet worden sind, dass sie auch für den dauerhaften Erhalt der Straße ohne grundlegende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wirklich aufkommen können, sollte über mögliche Abstufungen und Einziehung tatsächlich nachgedacht werden. Wir wollen zudem Lücken, bei denen Ortsteile nicht an überörtlichen Straßen angebunden sind, schließen.

Um in Ballungsräumen einen Verkehrskollaps vermeiden zu können, benötigen wir neben den bereits angesprochenen intelligenten Verkehrsleitsystemen auch eine gut strukturierte Parkraumbewirtschaftung. Angesichts des zunehmenden Verkehrsaufkommens ist heute schon klar, dass Kommunen und Land hierfür mehr Geld in Hand nehmen müssen. Dies gilt auch für die Einführung eines abgestimmten Baustellenmanagements. Hierbei soll nicht nur sichergestellt werden, dass Kommunen, das Land und die ausführenden Unternehmen zügig und wirtschaftlich ihre Maßnahmen durchführen, sondern, dass die Pendlerinnen und Pendler auch im Vorfeld bereits frühzeitig informiert werden und nicht erst am Morgen von der Baustelle überrascht werden. Meist ist ein Verkehrskollaps in den entsprechenden Regionen die Folge.

Sowohl auf dem Land als auch in der Stadt soll der Ausbau der Radwegnetze weiter vorangetrieben werden. Gerade in Städten stellt das Fahrrad eine ernstzunehmende Alternative zum Auto und dem öffentlichen Nahverkehr dar. Neben dem Neubau muss sichergestellt sein, dass die Sanierung bestehender Radwege nicht vernachlässigt wird. Mit der Einrichtung von Radschnellwegen können auch stadtnahe Gemeinden gut an das Verkehrsnetz angeschlossen werden. Zudem sollte an öffentlichen Einrichtungen geprüft werden, ob ausreichend Abstellmöglichkeiten vorhanden sind. Der Einführung neuer Rad-Sharing-Modelle stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Bei der Etablierung alternativer Verkehrskonzepte darf es jedoch nicht zu einer zusätzlichen Belastung der Autofahrer kommen. Rad-Sharing-Stellplätze sollen daher beispielsweise nicht auf bestehenden Parkplätzen errichtet werden. ÖPNV, Rad- und Individualverkehr müssen als gleichwertig anerkannt und keine Verkehrsform darf gegen die andere ausgespielt werden.

## **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

Die Bürgerinnen und Bürger wollen ein verlässliches und bedarfsgerechtes Angebot im öffentlichen Nahverkehr, sowohl in den städtischen Ballungszentren als auch im ländlichen Raum. Um dies zu gewährleisten und die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen, bedarf es aufeinander abgestimmter Bus- und Zugverbindungen. Hierdurch wird der Wechsel zwischen den Verkehrsmitteln erheblich erleichtert. Aus diesem Grund müssen die kommunalen Aufgabenträger auch in Zukunft festgelegte Standards, wie beispielsweise Tarifvorgaben, Taktung, Routen und technische Beschaffenheit von Fahrzeugen, definieren können. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn das Personenbeförderungsgesetz in Rheinland-Pfalz so ausgestaltet ist, dass die Kommunen dieser Aufgabe auch gerecht werden können. Wichtig ist dabei auch, dass Tarifstrukturen übergreifend abgestimmt sind. Zudem sollten Angebote gut erreichbar und barrierefrei ausgestaltet sein.

Zur Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum sind Bürgerbusse, Ruftaxis und individuelle Lösungen der Personenbeförderung zu unterstützen.

## **Neue Mobilität / E-Mobilität**

Mit Rad- und Car-Sharing-Modellen entstehen neue Formen der Mobilität. Diese können vor Ort zur Lösung von Verkehrsproblemen beitragen. Angesichts der aktuellen Diskussion um den Diesel und dessen Stickoxidausstoß scheint die Abgas- und Feinstaubreduktion wieder stärker in den Vordergrund zu treten. Um Fahrverbote zu verhindern, wird auch neuen Mobilitätsformen wie der E-Mobilität und der Brennstoffzelle große Bedeutung beigemessen. Die Diskussion darf sich jedoch nicht nur auf den privaten Individualverkehr verengen, sondern muss auch die kommunalen Fahrzeugflotten mit einbeziehen. Busse und LKW setzen bisher fast ausnahmslos auf



Dieselantriebe. Dies betrifft auch den LKW-Güterverkehr. Der Elektrifizierung in diesem Bereich sollte höchste Priorität eingeräumt werden, weshalb wir den Einsatz von Elektrobussen erhöhen möchten. Um dann später für die zunehmende E-Mobilität gerüstet zu sein, sollten kommunale Energieversorger bereits heute die Möglichkeit ergreifen, eigene E-Tankstellen auf öffentlichen Parkplätzen oder Parkhäusern auszubauen, dies gilt auch für die geförderte Ladeinfrastruktur in den Kommunen.

Da der Wechsel zur E-Mobilität nicht von heute auf morgen realisierbar sein wird, sollte technologieoffen alle anderen Antriebsformen wie Erdgas/Biogas, Brennstoffzellen, aber auch Diesel- und Ottomotoren und die Verwendung neuer Kraftstoffe (E-Fuels) in Betracht gezogen werden.

## VII. Digitalisierung

### **Schnelle und flächendeckende Breitbandversorgung**

Schnelle Glasfasernetze sind die zentralen Schlüssel für die Entwicklung unseres Landes. Wir sehen die flächendeckende Breitband- und Mobilfunkversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Aus diesem Grund fordern wir ein konsequentes und schnelles Vorantreiben des Glasfaserausbaus. Schließlich sind schnelle Zugangsmöglichkeiten für Unternehmen eine Voraussetzung, um sich stärker als bisher im ländlichen Raum anzusiedeln. Zudem tragen sie erheblich zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung von Rheinland-Pfalz bei.

Um beim Breitbandausbau mit Glasfaser schneller voranzukommen, sind die von den Gemeinden und Landkreisen initiierten Breitbandprojekte wichtig und müssen noch intensiver als bisher gefördert werden. Hierbei können auch Kooperationsmodelle im kommunalen Bereich angestrebt und von Seiten des Landes unterstützt werden, um eine zügige Umsetzung zu gewährleisten.

Gerade in ländlichen Gebieten, in denen sich der Breitbandausbau wirtschaftlich derzeit noch nicht lohnt, benötigen wir gezielte Anreize durch die Landesregierung. Wir dürfen nicht zulassen, dass einzelne Regionen weiter abgehängt werden. Zwischentechnologien, wie zum Beispiel Vectoring, sind für uns keine Lösung für die Zukunft. Vielmehr muss durch das Land sichergestellt werden, dass sich die Bestrebungen von Unternehmen nicht nur auf die lukrativen Regionen von Rheinland-Pfalz beschränken.

Eine leistungsfähige Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum, Innovation und Arbeitsplätze. Um in Zukunft die Abwanderung junger Menschen und Unternehmen aus dem ländlichen Raum zu verhindern und um eine aktive Standortpolitik betreiben zu können, bedarf es einer zügigen Erreichung des „50 Mbit/s-Zieles“. Hiermit schaffen wir auch eine bessere Angleichung der Lebensverhältnisse von Stadt und Land.

Für die Verwaltungen wird es in Zukunft auch darum gehen, in allen öffentlichen Gebäuden ein flächendeckendes kostenloses W-LAN anzubieten. Vor allem in Städten sollte geprüft werden, ob dieses auf die gesamten Innenstadtbereiche ausgeweitet werden kann.

### **Smart City**

Gerade in den Städten bietet die Digitalisierung ein enormes Effizienz- und Wertschöpfungspotential. Mit einem ganzheitlichen Entwicklungskonzept, dem Smart-City-Konzept, können wir die datengetriebene Vernetzung der kommunalen Infrastruktur mit den Bedürfnissen und Gewohnheiten der Menschen und Unternehmen zusammenführen. Wenn öffentliche und private Angebote perfekt ineinandergreifen, schafft dies eine Erleichterung für alle Beteiligten. Zudem sorgt die Smart-City für nachhaltiges Wachstum durch saubere, intelligente und energieeffiziente Technologien für bessere öffentliche Dienstleistungen und für einen effizienteren Umgang mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürgern.

In diese Entwicklung müssen jedoch alle Akteure im Rahmen einer umfassenden öffentlichen Beteiligung eingebunden sein. Schließlich ist die Erhebung von Daten für einen effizienteren Umgang mit unseren Ressourcen unumgänglich. Mit einer frühzeitigen Einbeziehung der

Bürgerinnen und Bürger kann die Entwicklung hin zur Smart-City auf die größtmögliche Basis gestellt werden.

### **Digitale Verwaltung/digitale Behördengänge**

Die Digitalisierung der Verwaltung muss an die heute gegebenen technischen Möglichkeiten angepasst werden. Denn durch eine bessere Vernetzung innerhalb der Städte, Kreise und Gemeinden werden Mehrwerte für die Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch für die Gewerbetreibenden geschaffen. Ziel der CDU ist es, dass sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Unternehmen möglichst jeden Kontakt mit der öffentlichen Hand online erledigen können.

Neben der Eigenanstrengung der Kommunen benötigen wir hierfür jedoch einheitliche digitale Standards und Voraussetzungen, die durch das Land und den Bund geschaffen werden müssen. Aus diesem Grund fordern wir ein einheitliches zentrales Melderegister und ein einheitliches Onlineportal mit sicheren Registrierungsverfahren, welches es ermöglicht, Daten auf sicherem Weg zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung, aber auch zwischen Verwaltungen untereinander, auszutauschen. Der Schutz vor missbräuchlicher Datenverarbeitung muss selbstverständlich sichergestellt sein.

## **VIII. Zusammenhalt der Generationen**

### **Familienfreundliche Heimat / gesellschaftliche Teilhabe**

Zentrale Bedingung für eine familienfreundliche Heimat und gesellschaftliche Teilhabe sowohl in der Stadt als auch im ländlichen Raum ist ein hohes Maß an Lebensqualität. Dies gilt von der Jugend an bis ins hohe Alter. Schließlich nehmen in modernen Gesellschaften alle Menschen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teil. Hierfür müssen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Sportanlagen, Schwimmbäder, Parks und Grünanlagen sowie die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs für alle Menschen in halbwegs naher Entfernung zu erreichen sein. Um für ältere und beeinträchtigte Menschen keine unnötigen Hindernisse aufzubauen, sollte auch auf die Herstellung von räumlicher Barrierefreiheit geachtet werden.

Auch neue Mobilitätskonzepte können das Leben der Menschen vereinfachen. Projekte wie die Schaffung von E-Mobilität verringern nicht nur den Lärm und den Schadstoffausstoß, sondern erhöhen damit zugleich die Lebensqualität. Mit autonom fahrenden E-Bussen sollen sowohl Ortsteile mit der Innenstadt oder dem Bahnhof verbunden werden als auch Ortschaften untereinander. Zudem setzen wir uns weiterhin für den Ausbau der Bürgerbusse ein, da diese passgenaueren Linienverkehr auf dem Land anbieten können.

### **Ehrenamt / Vereinsarbeit**

Bürgerschaftliches Engagement macht uns reich. Wenn Bürgerinnen und Bürger mit anpacken, kann gerade in kleinen Gemeinden viel erreicht werden. Wichtig ist aus diesem Grund, dass bereits vorhandenes ehrenamtliches Engagement aufgegriffen, koordiniert und unterstützt wird. Die CDU spricht sich für den Ausbau von Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagenturen aus, um Angebot und Nachfrage besser zusammenbringen zu können.

Ehrenamt muss sich aber auch lohnen. Neben der Ehrenamtskarte, mit der Ehrenamtliche von Vergünstigungen profitieren können, muss auch eine angemessene Würdigung durch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie die Kommunen erfolgen.

Eine herausgehobene Stellung in diesem ehrenamtlichen Gefüge haben unsere freiwilligen Feuerwehren, das Technische Hilfswerk sowie die ehrenamtlichen Hilfsorganisationen. Sie investieren sehr viel Freizeit in unser aller Sicherheit. Aus diesem Grund wollen wir sie als CDU durch eine gezielte Förderung der Nachwuchsarbeit, durch eine angemessene materielle Ausstattung sowie durch den Einsatz von Hauptamtlichen in ihrer Arbeit unterstützen.

### **Demographischen Wandel als Chance sehen**

Rheinland-Pfalz ist ein Land, in dem seit jeher die Menschen in generationsübergreifender Verbundenheit füreinander einstehen. Gegenseitige Unterstützung, nachbarschaftliche Hilfe und lebenslange Freundschaften prägen das Zusammenleben in allen Teilen des Landes. Die kleinteiligen ländlichen Strukturen fördern dieses Miteinander genauso gut wie die städtischen Quartierstrukturen. Diese Beziehungen sind eine Chance für die sich wandelnde Gesellschaft. Denn die älteren Menschen werden immer mehr den ländlichen Raum prägen, auch wenn immer mehr junge Familien gezielt die Ballungsräume verlassen. Aus diesem Grund müssen wir für eine

generationengerechte Anpassung der allgemeinen Daseinsvorsorge in allen Bereichen des öffentlichen Lebens sorgen.

Es bedarf neuer Ideen und kreativer Lösungsansätze, um insbesondere in den Dörfern dauerhaft die bestmögliche Lebensqualität zu gewähren. Dorfläden, Mehrgenerationentreffs und viele weitere Formen der Zusammenarbeit können ein gutes Leben überall in Rheinland-Pfalz sicherstellen. Denn sie schaffen zugleich Orte der Begegnung und verhindern damit die Vereinsamung einzelner. Zudem gilt es im ländlichen Raum vor allem die Grundversorgung in den Bereichen Mobilität, medizinische Versorgung, leistungsfähiges Internet, Kitas, Schulen und Kultur sicherzustellen oder voranzutreiben. Zusammen mit der Schaffung von Tagespflege-Einrichtungen können sich Kommunen in Zusammenarbeit mit dem Land partnerschaftlich vor Ort einbringen.

Indem darüber hinaus von den Gemeinden auch private und kirchliche Initiativen gestärkt werden, kann ein breites Spektrum geschaffen werden, das sowohl ältere und jüngere Menschen anspricht und damit auch den Dialog zwischen den Generationen fördert.

## **Jugend, Familie, Senioren – Heimat für alle Generationen**

Als CDU setzen wir uns für kinder- und familienfreundliche Städte, Kreise und Gemeinden ein. Dazu gehört für uns, Frauen und Männer darin zu unterstützen, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Neben passenden und qualitativ hochwertigen Angeboten bei der Kindertagesbetreuung müssen auch in Behörden und Einrichtungen mehr Vorteile als bisher für Familien entstehen, denn sie sind eine große Bereicherung für die Kommunen und sichern deren Fortbestehen.

Wir stehen für eine gute Familienkultur, auch wenn wir nicht außer Acht lassen dürfen, dass die Hauptverantwortung für die Erziehung weiterhin bei den Eltern liegt. Durch gezielte Angebote in den Ferien oder die Entwicklung von Familienzentren und Mehrgenerationenhäusern können die Gemeinden ihren Teil dazu beitragen, Eltern bei dieser Aufgabe bestmöglich zu unterstützen.

Wir wollen den jungen Menschen beste Chancen bieten, um sich auf ihr zukünftiges selbstbestimmtes Leben vorzubereiten. Denn die Kinder und Jugendlichen von heute sind die Erwachsenen von morgen. Dazu bedarf es guter Schulen, Ausbildungsplätze, Freizeitmöglichkeiten und auch der politischen Mitsprache. So können sie beispielsweise in Jugendparlamenten frühzeitig selbst politische Erfahrung sammeln. Es muss unser Ziel sein, auch wenn nicht alle kommunalen Haushalte viel Spielraum lassen, die Angebote der Jugendhilfe aufrechtzuerhalten und nach Möglichkeit noch auszubauen. Gerade die Träger der freien Jugendarbeit stellen vor Ort eine zum Teil nicht unerhebliche Bereicherung für das gesellschaftliche Leben dar.

Ebenso wollen wir seniorenfreundliche Dörfer und Städte fördern. Die Mitwirkung der älteren Generation in Vereinen, Verbänden und Institutionen wird zunehmend wichtiger, um eine verlässliche Basis für das Gemeinwohl in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu sichern. Diesen Erfahrungsschatz müssen wir gezielt nutzen. Umso mehr ist die Beteiligung älterer Menschen in Seniorenbeiräten und im Ehrenamt von hoher gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Wenn sie sich freiwillig und ehrenamtlich für uns einsetzen, benötigen sie auch die bestmöglichen Rahmenbedingungen. Deshalb steht die CDU für eine weitere Stärkung des Ehrenamtes.

## **IX. Kommunal- und Verwaltungsreform mit Sinn und Verstand**

### **Aufgabenkritik vor Gebietsänderung**

In den vergangenen Jahren haben sich die Anforderungen an eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung deutlich geändert. Daher gilt es, auf allen kommunalen und staatlichen Ebenen in Rheinland-Pfalz die entsprechenden Zuständigkeiten der Verwaltungsaufgaben zu überprüfen. Ziel dieser Überprüfung muss der Erhalt und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sein. Dies setzt ebenfalls voraus, dass die Städte, Kreise und Gemeinden finanziell so ausgestattet sind, dass sie auch Handlungsspielräume haben, die über die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben hinaus gehen.

Nur wenn wir zu Beginn eine umfassende Aufgabenkritik vornehmen, können wir neue und moderne Strukturen, wie beispielsweise Modelle der interkommunalen Zusammenarbeit, schaffen und voranbringen. Das reine Zusammenlegen von Kreisen und Städten bedeutet noch nicht – dies hat die erste Stufe eindeutig gezeigt –, dass Verwaltungshandeln verbessert wird und Kosten eingespart werden können. Vielmehr müssen wir vorab sicherstellen, dass sich die moderne Verwaltung auch an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausrichtet. Neben einer zunehmenden Digitalisierung spielen hierbei auch der Abbau von Bürokratie und die Zusammenarbeit von Verwaltungen auf Ebene der Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden und Kreisen eine entscheidende Rolle. Ob und inwieweit Fusionen oder Kooperationen der Vorzug zu geben ist, muss der parlamentarische Prozess im Landtag auf Grundlage von Gutachten und Anhörungen zum Ende des Gesamtprozesses hin ermitteln. Dabei gilt auch hier: Für die CDU gibt es keine unbegründeten Fusionen gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

### **Einbeziehung aller staatlichen und kommunalen Ebenen**

Die erste Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform hat unsere Ansicht bestätigt, dass neue Gebietszuschnitte und Fusionen nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden werden dürfen. Aus diesem Grund haben wir immer wieder klar gemacht, dass wir Fusionen gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger kategorisch ablehnen. Um diese Zwangsfusionen ohne greifbaren Mehrwert zu verhindern, hat die CDU gemeinsam mit der CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung mehrfach zu einem Stopp der ersten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform aufgefordert. Erst die zweite Reformstufe wird es uns ermöglichen, eine Gesamtreform in den Blick zu nehmen, die neben einer dringend notwendigen Aufgabenkritik auch die landsmannschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Regionen berücksichtigt.

Bereits heute haben in einzelnen Gemeinden und Dörfern die durchgeführten Reformen Risse in Räten und Bürgerschaft erzeugt. Zudem zeigen neue Studien in Bundesländern, wo solche Reformvorhaben durchgeführt und evaluiert wurden, dass neben einem vernachlässigbaren finanziellen Nutzen vor allem die Vergrößerungen von kommunalen Gebietskörperschaften zur Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer eigenen Heimat und der Kommunalverwaltung geführt haben. Dabei ist eine der tragenden Säulen unserer kommunalen Familie vor Ort, das Ehrenamt, massiv gefährdet.